



25. März 2026

Postulat

von Michael Schmid, Tanja Maag
und Christian Häberli (alle AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie mit einer Ergänzung des Mietreglements die Verdrängung von Personen, welche im Quartier verankert sind, teilweise abgefedert werden kann. Die Möglichkeit soll unabhängig vom bestehenden Mietverhältnis und der Eigentümerschaft der aktuellen Wohnung ausgestaltet werden. Beispielsweise könnte die Vergabe für jene, die in den letzten 12 Jahren während mindestens 10 Jahren im nahen Umkreis zur frei werdenden Wohnung wohnten von der Ausschreibungspflicht ausgenommen oder bei einer Ausschreibung bevorzugt behandelt werden. Die Vermietungs-Voraussetzungen, insbesondere bezüglich Belegung und wirtschaftlichen Verhältnissen, müssen erfüllt sein.

Begründung

Die Massenkündigungen in Zürich gefährden weit mehr als nur die individuelle Wohnsicherheit; sie zerstören über Jahrzehnte gewachsene nachbarschaftliche Beziehungs- und Unterstützungsnetzwerke.

Eine lebendige Gemeinschaft besteht aus den Beziehungen, den Menschen und der Zeit, die sie miteinander teilen. Solche Netzwerke der gegenseitigen Hilfe brauchen Jahre, um zu wachsen und Vertrauen aufzubauen, und sie bilden ein informelles Sicherheitsnetz, das staatliche Strukturen nicht ersetzen können. Werden Menschen aus ihrem Quartier verdrängt, bricht dieses Gefüge auseinander: Kinder verlieren ihre gewohnten Bezugspersonen und ihr schulisches Umfeld, während Eltern auf die kleinen und grossen Unterstützungsangebote verzichten müssen, die man sich gegenseitig bietet. Das Spektrum dieser Hilfe reicht vom Abholen eines Kindes bei Krankheit eines Geschwisters über Beistand in familiären Notfällen bis hin zum einfachen Austausch im Park oder der Hilfe beim Veloflicker.

Ebenso sind für ältere Menschen langjährige Bindungen oft die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Umfeld. Eingespielte Kontakte in der unmittelbaren Nachbarschaft bieten Sicherheit und niederschwellige Hilfe im Alltag, etwa durch gemeinsame Erledigungen, den regelmässigen sozialen Austausch gegen Vereinsamung oder die gegenseitige Unterstützung bei der Inanspruchnahme lokaler Gesundheits- und Pflegedienste. Diese über lange Zeit gewachsenen Strukturen ermöglichen es Senior:innen, länger autonom in ihrer Wohnung zu bleiben, statt auf institutionalisierte Hilfe angewiesen zu sein.

Es ist daher im öffentlichen Interesse, die soziale Kohäsion über alle Generationen hinweg zu schützen. Indem Personen mit einer jahrelangen lokalen Verankerung bei der Wohnungsvergabe bevorzugt werden, kann die Stadt dazu beitragen, diese wertvollen Sozialräume zu stabilisieren.

Michael Schmid